

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Tageblatt und Anzeiger).

Verlag:
Riesner Verlag
Riesner Str. 20.
Riesner Str. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Chemnitz, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung des Amtsgerichts Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptamts Meissen bestmögliche Blatt.

Verlag:
Riesner Verlag
Riesner Str. 20.
Riesner Str. 22.

Nr. 292.

Mittwoch, 16. Dezember 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverzögerungen, Verzögerungen der Börsen und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Stellen) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Neilsame-Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Spazierer an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verfertiger-Einrichtungen — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenverwaltung: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Das sächsische Volksbegehren erfolgreich.

Vorzeltige Einberufung des Reichstages abgelehnt.

Keltestenrat des Reichstages.

Einberufung des Reichstages abgelehnt.

Berlin. (Funkpruch.) Der Keltestenrat des Reichstages hat heute Mittwoch vormittag die Anträge auf vorzeitige Einberufung des Reichstages von neuem abgelehnt. Für diese Anträge setzten sich nur die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Kommunisten und die Deutsche Volkspartei ein, also keine Mehrheit des Reichstages. Außer dem Landvolk waren in der Keltestenratsitzung alle Fraktionen vertreten.

Die Landvolkpartei hatte in einem Brief an den Präsidenten Lohde ihre ablehnende Haltung gegenüber den Anträgen auf Einberufung des Reichstages schriftlich begründet. In dem Brief kommt zum Ausdruck, daß die Notverordnung eine Reihe von grundlegenden Forderungen des deutschen Volkes erfülle oder doch der Erfüllung näher gebracht habe, und zwar nicht nur in landwirtschaftlichen Fragen, sondern auch bei einem durchgreifenden Abbau von Steuern und Gehältern und dem Abbau erhöhter Preise und Preisspannen. Die Landvolkpartei erwartet durch Verhandlungen weitere Verbesserungen für die Veredelungswirtschaft, kann sich aber zur Einberufung des Reichstages nicht entschließen und ist deshalb gegen die Einberufung des Reichstages.

Da mit neuen Anträgen auf Einberufung des Reichstages noch vor dem 23. Februar zu rechnen ist, wurde als Termin für den Wiedersamtritt des Keltestenrats zur Entscheidung über solche Anträge der 11. oder 12. Jan. in Aussicht genommen. Staatssekretär Dr. Brüder hatte zu Beginn der Sitzung im Namen der Reichsregierung erklärt, daß die schon mehrfach dargelegten Gründe gegen die Einberufung des Reichstages weiter bestehen und verstärkt seien durch die gegenwärtigen außenpolitischen Verhandlungen.

Die direkte Verständigung.

Von unserem Berliner Vertreter.

Die Befürchtung machen die französischen Delegierten in Basel Schwierigkeiten, und in den gleichzeitigen in Berlin laufenden Stillhalte-Verhandlungen sind die Ansichten auch nicht gerade gut. Von diesen Seiten hat Deutschland jedenfalls kein großes Entgegenkommen zu erwarten. Nun haben aber in Berlin gleichzeitig die deutsch-französischen Verhandlungen begonnen, die in der Besprechung zwischen Brüning und Laval begründet wurden. Auf diese Verhandlungen legt man nun die größten Hoffnungen. Sie sollen in etwa vier bis fünf Tagen abgeschlossen sein, das heißt, noch kein Ergebnis herbeiführen, aber die Grundlage zu weiteren Verhandlungen schaffen.

Diese Verhandlungen bewegen sich lediglich auf wirtschaftspolitischen Gebiet. Das ist schon daraus ersichtlich, daß französischerseits Wirtschaftsführer aus der Grobindustrie, besonders der Textilindustrie, der Baumwoll-Industrie, der Elektrotechnik und der Banken in das Komitee gesandt worden sind. Und, soweit man nach der ersten Verhandlung dieses ersten Unterstadiums hört, ist auf französischer Seite das Bestreben zu bemerken, zu einer weitgehenden wirtschaftlichen Verständigung zu kommen. Man könnte daraus den Schluss ziehen, als ob Frankreich demüht sein will, in direkten Verhandlungen mit Deutschland einen Weg der Verständigung zu bahnen, daß es aber in jenen Verhandlungen, wo Frankreich nur ein Mitglied neben anderen Ländern ist und keine Reparationsrechte zu verteidigen muß glaubt, ein Beharrungsvermögen zeigt. Und in deutschen politischen Kreisen erinnert man demzufolge auch an die Ausrufungen Lavals und Briands während ihres Berliner Versuches, man wolle versuchen, auf wirtschaftlicher Basis zusammen zu kommen, um von einer Wirtschaftsverständigung eine politische zu erreichen. An sich ist das unsinnig, denn eine Wirtschaftsverständigung kann nur zwischen Ländern von Erfolg sein, die gleichzeitig eine politische Annäherung vollziehen und alle politischen Reibungsflächen aus der Welt schaffen. Trotzdem haben aber dauernd französische Stimmen von einer wirtschaftlichen Annäherung gesprochen, während sie fast alle Versuche hinsichtlich einer Reparationslösung ablehnten.

Noch läßt sich nicht übersehen, ob die Reparationsverhandlungen gegen die französische Seite auslaufen. Geht der Fall, dies geschieht, so ist anzunehmen, daß die direkten deutsch-französischen Verhandlungen dadurch stark beeinträchtigt werden. Kein Volk ist so feindselig wie das französische, wenn es gilt, Prestigefragen zu verteidigen. Sicherlich will Frankreich nicht das Chaos in Europa, das sich aus einer unabgeänderten Reparationspolitik, sogar aus einer Sanktionspolitik ergeben müßte, es braucht aber den Nachdruck auf kein Recht, um ihn bei den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen in die Waagschale werfen zu können. So werden, wie man in maßgebenden Kreisen meint, diese wirtschaftlichen Annäherungsbestrebungen

Eintragungsergebnisse zum Volksbegehren.

Insgesamt

733 558 Eintragungen.

Dresden. Die Einzeichnungsschrift für das von kommunistischer Seite eingeleitete und von den Deutschnationalen, Nationalsozialisten und einigen kleineren Gruppen unterstützte Volksbegehren auf Auflösung des sächsischen Landtags ist am Dienstag abend abgelaufen. Es läßt sich bereits übersehen, daß das Volksbegehren erfolgreich gewesen ist. Die für den Erfolg des Volksbegehrens notwendige Zahl von 10 Prozent der Stimmberechtigten ist so gar wesentlich überschritten worden. Im ganzen dürften etwa 20 Prozent der Wahlberechtigten sich für das Volksbegehren eingeschrieben haben. Auffällig ist der starke Unterschied des Einzeichnungsergebnisses in den einzelnen Städten. Als einzige Großstadt hat Leipzig die erforderlichen 10 Prozent nicht erreicht, während sich beispielsweise in Chemnitz und in Plauen ungefähr 35 Prozent resp. 30 Prozent eingetragen haben. In Dresden haben sich rund 15 Prozent der Abstimmungsberechtigten eingeschrieben. Besonders groß waren die Einzeichnungen in sämtlichen Städten in den letzten 3 bis 4 Tagen.

Dresden. (Funkpruch.) Nach dem vorläufigen Ergebnis sind für das Volksbegehren auf Landtagsauflösung abgegeben worden: im Wahlkreis Dresden-Bauhen 227 197, im Wahlkreis Leipzig 127 608, im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau 208 738 Stimmen. Insgesamt haben sich also im Freistaat Sachsen 733 558 Personen für das Volksbegehren eingetragen. Bei 1 580 541 Wahlberechtigten entspricht dies einer Beteiligung von 20,48 Prozent.

Stadt:	Wahlberechtigt:	Abgegebene Stimmen:
Rieser	17 313	2 079
Annaberg	13 472	4 139
Wue	17 384	3 906
Kuerbach i. W.	13 727	3 375
Bauhen	27 010	4 825
Bischdorswerda	6 300	1 820
Chemnitz	247 024	83 119
Crimmitschau	20 374	4 033
Dresden	494 241	75 295
Döbeln	15 400	1 427
Freiberg	24 485	7 338
Falkenstein	10 751	3 783
Franckenberg	9 862	2 542
Glauchau	27 069	3 779
Großenhain	8 700	2 711
Sachsen-Ernstthal	12 089	4 587
Leipzig	513 404	45 179
Lichtenfeld-Gallenberg	8 537	1 990
Limbach	13 120	6 388
Meißen	33 161	5 983
Merrau	18 049	2 101
Oschitz	ca. 6 950	665
Oberhausen	6 680	1 582
Plauen	76 571	26 947
Wirma	22 270	4 377
Reichenbach i. W.	22 986	4 776
Radeberg	11 000 (rd.)	2 055
Schwarzenberg	7 939	2 704
Stollberg	6 902	1 872
Schneeberg	6 368	2 147
Werdau	14 999	5 349
Zwickau	58 822	12 531

Französische Ausdehnungsbestrebungen im Osten.

New York. Associated Press verbreitet folgende Ausführungen des Washingtoner „Evening Star“: Die aus Canton eingetroffenen Nachrichten werfen ein durchaus neues Licht auf die Lage in China. Diese Nachrichten sind indessen für wohlinformierte Kreise in Washington keine Ueberraschung, sondern sie bestätigen nur die Meldungen über eine französisch-japanische Verständigung, die darauf hinausgeht, Frankreich den Besitz einer chinesischen Provinz zu sichern.

Offenbar hält man in Frankreich den Augenblick für gekommen, sich an Stelle des britischen Imperiums als erste Weltmacht einzufügen. Die Franzosen glauben, daß sie

neben ihrer mächtigen Armee und einem Goldbeih, der größer als der jeder anderen Nation ist — die Vereinigten Staaten ansgenommen — auch ein entsprechendes Kolonialreich benötigen.

Eindringen französischer Truppen in China.

London. In Canton sind Meldungen eingelaufen, daß französische Truppen aus Indochina die chinesische Grenze an mehreren Punkten überschritten haben, ankündend in der Absicht, Räuber zu verfolgen. Canton beachtlich, in die dortige Gegend Truppen zu entsenden.

Schließlich von politischen Fragen umrahmt werden. Denn es sei undenkbar, daß eine französische Interessennahme an der deutschen Industrie, Monopolgründungen, Warenschutz, Handelsaustausch, Zollabkommen sich ganz unabhängig von politischen Einflüssen abschließen lassen. Bisher läßt sich von deutscher Seite zu den erst begonnenen direkten Verhandlungen nichts Positives sagen. Nur das ist inzwischen festzustellen, daß die französischen Delegierten mit ausgedehnter Sachlichkeit es vermeiden, politische Fragen in die Debatte zu bringen. Irrendwelche Vorschläge liegen zudem auch noch nicht vor. Es handelt sich zunächst nur um eine Sondierung. Dem Hauptausfluß wird es wohl überlassen bleiben, aus dieser Sondierung einen Fragenkomplex zu gestalten, der dann festgeförmte Antworten herbeiführt. Jedenfalls werden sich auch diese zunächst wirtschaftlichen Verhandlungen ziemlich lange hinziehen.

Schiffe in Seenot.

Große Sturmschäden in Dänemark.

Kopenhagen. Der schwere Nordweststurm, der am Montag einsetzte, hat in Dänemark großen Schaden angerichtet. An der Küste wurden mehrere vor Anker liegende Schiffe losgerissen. Einige von ihnen treiben noch im

Ceresund. Hilfschiffe sind unterwegs. Der deutsche Motorbooter „Anna“ mit vier Mann Besatzung ist seit einigen Tagen überfällig. Der deutsche Motorbooter „Arcenna“ aus Hamburg ist bei Rallundborg gestrandet.

Schneestürme über Skandinavien.

Stockholm. Ueber Schweden und Norwegen raste am Dienstag orkanartige Schneestürme, die an vielen Stellen zur Unterbrechung der Eisenbahn- und Drahtverbindungen führten. In Mittelschweden erreichte der Sturm die Höchstgeschwindigkeit von 30 Sekundenmetern. Zahlreiche Fischerboote wurden vom Sturm überrascht.

Mit 7 Mann Besatzung untergegangen.

Riga. (Funkpruch.) In dem ungewöhnlich heftigen Schneesturm, der in der Nacht und heute vormittag über Lettland hinweg, ist auf der Vidauer Seebe der estnische Segler „Enha“ vom Anker losgerissen worden und untergegangen. Die siebenköpfige Besatzung ist ertrunken.